

Auf Stimmenfang für die anderen

WAHLEN Sie besitzen weder ein grosses Unternehmen noch einen namhaften politischen Leistungsausweis. Drei junge Oberaargauer erklären, weshalb sie dennoch für den Nationalrat kandidieren.

Nicht weniger als 545 Kandidierende buhlen um die 26 Berner Sitze im Nationalrat. Auch 28 Oberaargauer stellen sich am 23. Oktober zur Wahl. Reelle Wahlchancen werden nur den wenigsten von ihnen zugeschrieben. Dennoch schrecken selbst junge Oberaargauer ohne grossen Namen oder politischen Leistungsausweis vor einer Kandidatur nicht zurück.

Die Partei bekannter machen

Etwa der Langenthaler Samuel Deubelbeiss. Der 27-jährige PdA-Kandidat darf wohl gar als Exot unter den Oberaargauer Nationalratsanwärtern bezeichnet werden. Politische Erfahrung: null. Wahlchancen: (gemäss eigener Aussage) ebenfalls null. Einziges Wahlversprechen: sofortiger Rücktritt. Was also motiviert den jungen Kaufmann, dennoch zu kandidieren?

Es sei eine ganz persönliche Motivation, erklärt Deubelbeiss. «Viele Parteien sind für mich schlicht nicht mehr wählbar.» Die Partei der Arbeit indes sei



Begehrte Sitze: Am 23. Oktober werden die künftigen Nationalrätinnen und Nationalräte gewählt.

Keystone

der Politik. Seit Anfang Jahr ist die 29-jährige grüne Gemeinderätin von Madiswil, und für die Grüne Partei Schweiz arbeitet die studierte Umweltingenieurin hauptberuflich als Kampagnenleiterin. Dennoch: «Zum jetzigen Zeitpunkt würde ich mir ein Nationalratsmandat kaum zutrauen», sagt sie. Mit ihrer Kandidatur auf der Liste der Jungen Grünen hoffe sie vielmehr, auch eine junge Wählerschaft zum Urnengang zu bewegen – und durch die Listenverbindung den Grünen zu zusätzlichen Stimmen zu verhelfen.

Für die Zukunft vorarbeiten

Eine Kandidatur auf der Liste der «alten» Grünen wäre für Badertscher denn auch nicht infrage gekommen. «Ich will niemandem den Platz wegnehmen, der reelle Wahlchancen hat.» Gänzlich uneigennützig sei aber auch ihre Kandidatur nicht, räumt die Madiswilerin ein. Bereits bei den Grossratswahlen 2010 war sie für die Grünen angetreten. «Wenn man immer etwas präsent ist, kann das die Bekanntheit steigern», sagt sie. «Das hilft mir viel



Will Werbung machen: Samuel Deubelbeiss (27) aus Langenthal. *zvg*



Will Junge ansprechen: Christine Badertscher (29) aus Madiswil. *zvg*



Will bekannter werden: Reto Stalder (24) aus Huttwil. *zvg*

leicht bei den nächsten Grossratswahlen.»

Ähnlich argumentiert auch Reto Stalder. Der 24-jährige Theologiestudent und Präsident der Jungen EVP Oberaargau kandidiert auf der Liste der EVP. Wahlchancen rechne er sich nicht wirklich aus – aber auch er sieht in der Kandidatur eine Möglichkeit, seinen Namen für spätere Wahlen bekannter zu machen. «Die meisten fangen doch irgendwann als Listenfüller an», sagt Stalder.

Und was, wenn ein Listenfüller wie er nun tatsächlich gewählt würde? Ablehnen würde Stalder ein Nationalratsmandat jedenfalls nicht. Als Generalsekretär der Jungen EVP Schweiz habe er auch schon bei Vorstössen mitgearbeitet. Sicher wäre er am Anfang aber auf Hilfe angewiesen, so Stalder. «Aber das sind doch die meisten.» *Kathrin Holzer*

Aus dem Oberaargau kandidieren ausserdem: Christian Hadorn, Käthi

Wächli (SVP), Monika Gygg (BDP), Christine Bobst, Peter Haudenschild, Katrin Zumstein (FDP), Lukas Bissegger, Lukas Felber, Patric Oppong, Marco Pagani (Jungfreisinnige), Bernhard Marti, Markus Meyer, Lurata Reçi, Hans Kaspar Schiesser (SP), Stefan Herrmann, Paula Schaub, Erwin Sommer, Daniel Steiner (EVP), Kurt Schär (GLP), Johann Ulrich Grädel, Barbara Loosli (EDU), Dominic Lüthard, Raphael Würgler, Ricco Burger, Marcel Säggerer (Pnos).

WAHLEN Herbst 2011

seiner Ansicht nach diejenige Partei mit Inhalten. «Bei der PdA ist die Abschaffung des Kapitalismus kein Diskussionspunkt, sondern eine Grundhaltung.» Mit seiner Kandidatur wolle er die PdA deshalb auch im Oberaargau bekannt machen – in der festen Annahme, nicht selber gewählt zu werden. Er habe weder die politische Erfahrung noch die Konsensorientiertheit für ein Nationalratsmandat, sagt Deubelbeiss offen. Er hoffe aber, den ernsthaften Kandidaten seiner Partei zu zusätzlichen Stimmen aus dem Oberaargau zu verhelfen.

Junge Wähler motivieren

Primär für die Spitzenkandidaten ihrer Partei auf Stimmenfang geht auch Christine Badertscher – obgleich sie durchaus bereits Einblick erhalten hat in die Welt

Coop: Es geht vorwärts

HUTTIL Das 20 Millionen teure Coop-Center in Huttwil rückt näher. Jetzt liegt die dafür nötige Überbauungsordnung Bahnhofstrasse auf.

Coop hat in Huttwil Grosses vor: Für rund 20 Millionen Franken möchte der Basler Grossvertriebler im Städtli ein Center mit Supermarkt und Geschäften anderer Anbieter bauen. Damit die Pläne verwirklicht werden können, muss aber zuerst die Überbauungsordnung (ÜO) Bahnhofstrasse verabschiedet werden. Noch bis zum 7. November liegt das Planwerk öffentlich auf. Bei der ÜO handelt es sich laut Huttwiler Gemeindegemeinschafter Martin Jampen um eine Art «Mini-Baugrundsatz». Damit würden die Grundlagen für den Bau des Coop-Centers geschaffen. *baz*

Die Akten zur ÜO Bahnhofstrasse liegen bis zum 7. November bei der Gemeindeverwaltung auf.

Sturmflug gegen Parkverbote

HUTTIL Das Städtli hat vor kurzem für Quartierstrassen Parkverbote erlassen. Dagegen laufen die Autofahrer jetzt Sturm. Mit Beschwerden beim Statthalteramt.

An diesen Plänen haben die Huttwiler Autofahrer keine Freude: Im September hat die Kommission für öffentliche Sicherheit eine Verfügung erlassen, wonach in zehn Quartierstrassen ab Sommer 2012 ein Parkverbot gelten soll. Am Montag ist die Frist für Beschwerden abgelaufen. Und bis gestern Mittag sind beim Regierungstatthalteramt Oberaargau nicht weniger als sieben Beschwerden eingegangen. «Für die Verhältnisse im Oberaargau sind das sehr viele», sagte der stellvertretende Regierungstatthalter Marc Häusler gestern. Einige der Beschwerden sind zudem von bis zu zehn Bürgern unterschrieben worden. Der Grund für den Ärger der Autofahrer: Laut Häusler be-



Parken auf der Allmendstrasse soll verboten werden: Huttwil will Quartierstrassen mit Parkverboten belegen. Anwohner wehren sich. *Thomas Peter*

mängeln die diversen Beschwerdeführer die fehlenden Alternativen für Parkplätze. Doch genau das ist laut dem zuständigen Gemeinderat Adrian Wüthrich (SP) Sache der Grundeigentümer. Für jedes Haus und jede Wohnung müsste die erforderliche Anzahl Parkplätze vorhanden sein, hatte

Wüthrich im September der BZ gesagt. Dies sehe das Baugesetz so vor. Das Problem dabei: Das Gesetz gilt seit 1985. Vorher hatten sich die Autofahrer nicht um Parkplätze kümmern müssen. Der Huttwiler Gemeindegemeinschafter Martin Jampen wollte gestern mit Verweis auf das laufende

Verfahren nicht im Detail Stellung nehmen. Er stütze aber den Entscheid der Kommission für öffentliche Sicherheit: Es gebe Quartierbewohner, die ihre Garage nicht für die Autos nutzen würden. Ein solches Verhalten wolle die Gemeinde in Zukunft nicht mehr tolerieren.

Laut Häusler vom Statthalteramt hat die Gemeinde nun rund drei Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Dann werde es aller Voraussicht nach zu einer Begehung vor Ort kommen. Häusler möchte das Geschäft noch in diesem Jahr abschliessen.

Grund fürs Verbot: Feuerwehr- und Werkhoffahrzeuge haben Mühe, die zugesperrten Strassen zu passieren; zudem gibt es laut der Gemeinde Probleme bei der Schneeräumung. Das Parken soll auf folgenden Strassen verboten werden: Haldenstrasse, Weierackerweg, Haldenstrasse, Hubweg, Ring-, Korn-, Heim-/Süd- und Sonnegstrasse sowie Lochmühleweg. *Dominik Balmer*

Haus Tobias: Polizeiarbeit ist beendet

NIEDERBIPP Die Polizei hat ihre Ermittlungen zu den mutmasslichen Misshandlungen von behinderten Bewohnern im Haus Tobias abgeschlossen. Jetzt liegt der Ball bei der Staatsanwaltschaft.

Der Fall hat ein kleines Erdbeben ausgelöst: Ende Dezember 2010 hat der Kanton das Behindertenheim Haus Tobias in Niederbipp Knall auf Fall geschlossen. Es hiess, der Heimleiter und dessen Sohn hätten die Bewohner misshandelt. Die kantonale Gesundheitsdirektion (GEF) gab als Grund nur an: «Das Wohl der Bewohner war gefährdet.»

Drei Szenarien für Heimleiter

Weil es im Zuge der Schliessung Anzeigen gegen den Heimleiter und dessen Sohn gab, beschäftigt sich auch die Justiz mit dem Fall. Diese Arbeiten stehen jetzt kurz vor dem Abschluss. «Die polizeilichen Ermittlungen sind bereits abgeschlossen», sagte gestern der leitende Staatsanwalt Remo Leibundgut. Nun liegen die Akten bei der Staatsanwaltschaft Emmental-Oberaargau. Im besten Fall will Leibundgut noch dieses Jahr ein Urteil fällen. Möglich sind für den Heimleiter und dessen Sohn drei Szenarien: Das Verfahren wird eingestellt; die Beschuldigten kassieren einen Strafbefehl; es kommt zum Prozess.

Mit Konsequenzen müssen indes auch Ex-Mitarbeiter im Haus Tobias rechnen, die den Heimleiter und dessen Sohn der Misshandlungen bezichtigt haben. Denn sie wiederum sind vom Heimleiter angezeigt worden.

Der Betrieb ist liquidiert

Ganz abgeschlossen ist der Fall für den Kanton, der das Heim in Niederbipp nach einer Gefährdungsmeldung geschlossen hatte. Claus Detreköy, der zuständige Abteilungsleiter beim kantonalen Alters- und Behindertenamt, bestätigte gestern, dass der Heimbetrieb liquidiert worden sei. Das heisst: Die betrieblichen Abrechnungen seien erfolgt, sodass man notwendige Verpflichtungen wie Lohnkosten noch habe finanzieren können.

Offen ist, wie es im ehemaligen Heim nun weitergeht. Laut Detreköy wäre es durchaus möglich, dass eine neue Trägerschaft im gleichen Gebäude künftig behinderte Menschen betreut. Allerdings ohne den bisherigen Heimleiter: Dieser «wird im Kanton Bern kaum je eine neue Zulassung als Heimleiter erhalten», sagt Detreköy.

Bis zur Schliessung Anfang dieses Jahres waren im Haus Tobias in Niederbipp sechs schwerstbehinderte Erwachsene betreut worden. Der Heimleiter hatte die Vorwürfe gegen ihn und seinen Sohn stets bestritten. Zu Gefährdungshinweisen war es schon 2002 und 2007 gekommen. Allerdings haben sich die Vorwürfe damals nicht erhärtet. *baz*

ANZEIGE